



Samstag, 21. Mai 2022, 15:55 Uhr  
~15 Minuten Lesezeit

# Institutionalisierte Kriminalität

Die „Neue Weltordnung“ einer korporatistischen Elite wird nicht nur immer häufiger beschworen und ausgerufen, sondern nimmt in unser aller Lebensrealität auch immer erkennbarer Gestalt an.

von Tom-Oliver Regenauer  
Foto: Irina Braga/Shutterstock.com

*Er hat es getan – wie so viele Politiker, Konzernlenker, Finanzmogule und Pseudophilanthropen vor ihm. Ob **Cecil Rhodes***

*(<https://www.hive.co.uk/Product/Robin-Brown/The-Secret-Society--Cecil-John-Rhodess-Plans-for-a-New-World-Order/18295300>) im 19.*

*Jahrhundert, **Margaret Thatcher***

*(<https://www.margaretthatcher.org/document/108174>)*

*im Jahre 1990 beim „Aspen Institute“, David*

*Rockefeller, der den Begriff 1991 auf der **Bilderberger-Konferenz***

*([https://de.wikipedia.org/wiki/Liste\\_der\\_Bilderberg-Konferenzen](https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_Bilderberg-Konferenzen)) in Baden-Baden verwendete, George*

*Bush Senior, der die geopolitische „Catch Phrase“ im*

Januar des gleichen Jahres bei einer Rede vor der UN anbrachte, **Emmanuel Macron und Bill Gates, Angela Merkel** (<https://www.dw.com/de/merkel-und-co-f%C3%BCr-eine-globale-neuordnung/a-56436435>), **Justin Trudeau und Boris Johnson** (<https://www.gov.uk/government/news/uk-canada-joint-statement-7-march-2022>), **Henry Kissinger** (<https://eu.app.com/story/opinion/columnists/2020/04/08/her-kissinger-calls-new-world-order/2961577001/>), **Papst Franziskus** (<https://www.breitbart.com/national-security/2021/03/15/pope-francis-calls-for-new-world-order-after-the-pandemic/>), **Klaus Schwab** (<https://www.amazon.com/COVID-19-Great-Reset-Klaus-Schwab/dp/2940631123>) oder **Kerry Chant** ([https://www.huffingtonpost.co.uk/entry/new-world-order-australia-conspiracy-theory\\_uk\\_613a20afe4b0640100a1f389](https://www.huffingtonpost.co.uk/entry/new-world-order-australia-conspiracy-theory_uk_613a20afe4b0640100a1f389)), Chief Health Officer von Australien – um nur einige zu nennen. Sie alle haben eine „Neue Weltordnung“ gefordert oder diese kurzerhand selbst ausgerufen. Wie nun auch

### **Christian Lindner**

(<https://www.fdp.de/pressemitteilung/lindner-rede-auf-dem-73-ord-bundesparteitag-der-freien-demokraten>) von der vermeintlich liberalen FDP.

Obwohl die pathetisch klingende Phrase also nicht erst seit gestern Usus im weichgespülten Public-Relations-Jargon des internationalen **Korporatismus**

(<https://de.wikipedia.org/wiki/Korporatismus>) ist, sorgt sie jedes Mal aufs Neue für ein Raunen im Blätterwald und in Social-Media-Blasen, wenn sie ein Vertreter eben jener konstituierten Kriminalität auf Mainstream-Kanälen oder dem politischen Parkett hervorholt. Denn die einen, die das totalitäre System als das erkannt haben, was es ist, sehen sich bestätigt, zeigen mit dem Finger auf den mutmaßlichen „Verschwörer“ und nehmen sich vor, nie mehr FDP zu wählen – die anderen, die Parteifreunde, Ideologen,

*Dogmatiker und nützlichen Idioten, versuchen in panischem Aktionismus, die Aussage zu relativieren und mit sinnentleertem Neusprech zu entkräften, um ihr jegliche Tragweite zu nehmen.*

**Denn auch wenn die „Neue Weltordnung“ zum geopolitischen** Plattitüden-Repertoire eines jeden international agierenden Spitzenpolitikers gehört, haftet dem Ausdruck doch nach wie vor der Hauch des Unseriösen an. Ernsthafte öffentliche Debatten über fragwürdige wirtschaftspolitische Zusammenhänge, Korruption und Technokratie werden nicht geführt, Kritik und Klagen ignorant als Verschwörungstheorie abgetan – wobei die infantilisierenden Meinungsmacher penibel darauf bedacht sind, beim Thema Verschwörungen ein möglichst lächerliches Bild von konspirativen Treffen in dunklen Hinterzimmern, umständlicher Geheimniskrämerei, Mystik, Auftragsmord und Geldkoffern zu zeichnen. Unseriös ist dabei also vor allem die Darstellung des Themas in den Leitmedien – denn schon der faschistische Duce von Italien, Benito Mussolini, hatte seinerzeit erkannt:

*„Der Faschismus sollte Korporatismus heißen, weil er die perfekte Verschmelzung der Macht von Regierung und Konzernen ist.“*

So lenken „Cancel Culture“, grenzdebiles Framing und algorithmisierte Zensur den Durchschnittskonsumenten davon ab zu erkennen, dass es sich beim herrschenden politischen System in Kombination mit der monopolisierenden Plattformökonomie um die Vollendung von Mussolinis Vision des perfekten Faschismus handelt.

Es geht nicht um die Verschwörung einer Handvoll reicher Schurken, die sich in abgelegenen Gemäuern treffen, um mittels magischer Formeln die Geschicke des Planeten zu steuern. Nicht um ein paar verschworene Herren gehobenen Alters, die geheime Pläne zur Erlangung der Weltherrschaft schmieden, sondern um

international vernetzte, generationsübergreifend operierende und interdisziplinär organisierte Kriminalität superreicher Clans und ihrer Helfershelfer. Der totalitäre Korporatismus, mit dem man im Jahr 2022 konfrontiert wird, basiert auf Gesetzen, Rahmenverträgen, Verordnungen und Beteiligungen. Und auf repräsentativer Demokratie – die treffender als repressive Demokatur umschrieben ist.

Ein **Organigramm**

[https://substackcdn.com/image/fetch/w\\_1456,c\\_limit,f\\_auto,q\\_auto:good,fl\\_progressive:steep/https:%2F%2Fbucketeer-e05bbc84-baa3-437e-9518-adb32be77984.s3.amazonaws.com%2Fpublic%2Fimages%2F9e7c1c4f-823e-4bd3-83c7-845f8ef49f\\_1600x900.png](https://substackcdn.com/image/fetch/w_1456,c_limit,f_auto,q_auto:good,fl_progressive:steep/https:%2F%2Fbucketeer-e05bbc84-baa3-437e-9518-adb32be77984.s3.amazonaws.com%2Fpublic%2Fimages%2F9e7c1c4f-823e-4bd3-83c7-845f8ef49f_1600x900.png)), das der englische Autor Iain Davis für sein 2021 erschienenes Buch „**Pseudo Pandemic** (<https://archive.org/details/pseudo-pandemic-new-normal-technocracy-iain-davis>)“ angefertigt hat, erklärt die aktuellen Herrschaftsstrukturen der supranationalen Oligarchie sehr treffend. Es ist die „Regelbasierte Internationale Ordnung“, der globale „Stakeholder-Kapitalismus“, die woke-grüne „Sozialistische Demokratie“, die die Bevölkerungen weltweit auf nunmehr zeitgemäße, digitalisierte Art unterdrückt.

***Schlussendlich verbirgt sich hinter all den abgehoben klingenden und Inklusion heuchelnden Labels dennoch nichts anderes als althergebrachter Faschismus.***

Die Umtriebe überstaatlicher Institutionen und halböffentlicher Organe in den vergangenen drei Jahren veranschaulichen, wie das neue totalitär-technokratische System, die regelbasierte, multipolare Weltordnung der „Public Private Partnerships“ (öffentlich-private Partnerschaften), verstärkt versucht, sich staatsrechtlich zu legitimieren. Vorneweg das Weltwirtschaftsforum (WEF), das bereits Mitte 2019 eine **strategische Partnerschaft** (<https://www.weforum.org/press/2019/06/world-economic-forum-and-un-sign-strategic-partnership-framework/>) mit den Vereinten Nationen (UN) einging, um die im Kern autoritäre **Agenda 2030** (<https://sdgs.un.org/goals/goal9>), die in letzter Konsequenz für die Implementierung eines globalen Sozialismus steht, forciert

voranzutreiben.

Eine im negativen Sinne äußerst beeindruckende **Excel-Liste** (<https://maloneinstitute.org/wef>) der insgesamt rund 3.800 Absolventen „Young Global Leaders“-Programms des WEF wurde unlängst vom Malone Institute veröffentlicht und belegt die fast sektenartige Organisation des internationalen Korporatismus, dessen Führungsnachwuchs sich – wie die Liste zweifelsfrei belegt – zu großen Teilen aus dem Alumni-Zirkel des betreffenden Elite-Netzwerks mit Sitz in Davos speist.

Neben WEF und UN arbeitet nach der COVID-Krise natürlich auch die Weltgesundheitsorganisation (WHO) derzeit an vertraglichen Rahmenbedingungen, die ihre Befugnisse erweitern und der demokratisch nicht legitimierten Organisation im Falle eines neuerlichen Gesundheitsnotstandes gestatten, sich über nationalstaatliche Gesetze und tradierte partizipative Prozesse hinwegzusetzen. Der Journalist Norbert Häring **berichtete** (<https://norberthaering.de/macht-kontrolle/ihr-verschaerfung/>) am 10. Mai 2022 ausführlich über die Details des sogenannten **Globalen** (<https://tkp.at/2022/05/08/neue-vertragsaenderungen-sollen-who-zur-globalistischen-weltregierung-machen/>) Pandemievertrags, dessen genaue Ausgestaltung auf der Weltgesundheitsversammlung vom 22. bis 28. Mai 2022 in Genf besprochen werden wird und der spätestens 2024 in Kraft treten soll.

In Basel bastelt unterdessen die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), die Zentralbank der Zentralbanken, deren Mitarbeiter diplomatische Immunität genießen, diskret an der technologischen Infrastruktur für **digitale Zentralbankwährungen** (<https://www.bis.org/about/bisih/topics/cbdc.htm>) – dem Todesstoß für die finanzielle Autonomie des Normalbürgers.

Das mächtigste und zugleich unbekannteste Finanzinstitut der Welt arbeitet primär an Pilotprojekten für grenzübergreifenden Zahlungsverkehr, damit digitale Franken, Euro, Dollar, Rubel und Yuan ab Einführung des elektronischen Geldes an den Märkten barrierefrei handelbar sind. Die BIZ-Projekte „**Jura**



<https://www.bis.org/about/bisih/topics/cbdc/jura.htm>“ und **„mCDBC Bridge** [https://www.bis.org/about/bisih/topics/cbdc/mcbdc\\_bridge.htm](https://www.bis.org/about/bisih/topics/cbdc/mcbdc_bridge.htm)“ zeigen beispielhaft, wie das Blockchain-Finanzsystem der nahen Zukunft funktionieren wird.

An der Abschaffung des Bargeldes sowie der Vernichtung des bescheidenen Wohlstands einer darbenenden Bevölkerung arbeiten Regierungen allerorten fieberhaft – während die Superreichen ihre Gewinne in den letzten Jahren exponentiell steigern konnten, wie die **Statistik** (<https://www.statista.com/chart/22068/change-in-wealth-of-billionaires-during-pandemic/>) unmissverständlich belegt. Begünstigt durch digitale Innovation und vom unreflektierten Homo consumens selten hinterfragt, werden die erlaubten Bargeldmengen stetig reduziert und Barzahlung vielerorts sukzessive eingeschränkt oder ganz unterbunden.

**Frankreich** (<https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/bargeld-obergrenze-in-italien-und-frankreich-normal-a-1075841.html>) erlaubt Bartransaktionen bereits nur noch bis zu einem Höchstwert von 1.000 Euro. In **Italien** (<https://www.rainews.it/tgr/tagesschau/articoli/2020/07/tag-Obergrenze-Bargeld-Pflicht-Bankomatgeraete-Oekobonus-Urlaubsbonus-b8f0ef47-55c5-4d5e-8b5f-a9c537651aef.html>) ist bei 2.000 Euro Schluss. In Spanien bekommt man maximal noch 2.500 Euro in bar ausbezahlt. Und in **Deutschland** (<https://www.sparkasse.de/unsere-loesungen/privatkunden/bezahlverfahren/bargeld/bargeldobergrenze.html>) muss man bei Einzahlungen auf anderen Banken als der eigenen Hausbank sowie ab einem Betrag von 2.500 Euro mittels entsprechender Dokumente nachweisen, woher das Geld stammt. Anonyme Tafelgeschäfte mit Edelmetallen wie Gold oder Silber sind in der Bundesrepublik nur noch bis zur Obergrenze von 1.999 Euro möglich.

Länder wie Schweden sind Vorreiter der Transformation hin zur bargeldlosen Gesellschaft. Die Verwendung von Cash geht dort seit Jahren extrem zurück, wie **Statistiken** (<https://www.statista.com/statistics/674315/cash-usage-in->

[sweden-by-payment-size/](#)) veranschaulichen. In vielen Geschäften der Hauptstadt Stockholm wird Bargeld nicht mehr als Zahlungsmittel akzeptiert. Dieser Umstand könnte eine Erklärung dafür sein, warum Schweden während der COVID-Krise weniger unter Druck der supranationalen Oligarchie stand als andere Länder und in Bezug auf Freiheitseinschränkungen weniger aggressiv vorging.

In der Schweiz fährt man die Möglichkeiten zur Barzahlung ebenfalls stetig zurück, auch wenn Edelmetalle weiterhin in größeren Mengen anonym bezogen werden können. So entzündete sich am Thema Bargeld jüngst der Volkszorn der Einwohner von **Luzern** (<https://www.20min.ch/story/so-kann-man-am-stadtfest-nun-doch-mit-bargeld-bezahlen-688683534003>), wo das Organisationskomitee des jährlichen Stadtfestes beschloss, nur noch Karten- und Smartphone-Zahlungen an Ständen und Fahrgeschäften des traditionellen Anlasses zu akzeptieren. Nach wenigen Tagen ruderte man aufgrund einer massiven Beschwerdewelle aus der Bevölkerung zurück und bietet nun zusätzlich ein Bon-System an, welches erlaubt, Waren und Dienstleistungen mit physischem Geld zu bezahlen. Ob solch ein Kompromiss auch in den nächsten Jahren noch möglich sein wird, muss sich zeigen.

Neben der Kontrolle des supranationalen Gesundheitswesens und der Infrastruktur des technokratischen Finanzsystems feilt die neofeudalistische Kaste unserer Zeit vor allem an der totalen Überwachung des Internets. Wie das Weiße Haus in Washington am 28. April 2022 auf seiner Homepage **verkündete** (<https://www.whitehouse.gov/briefing-room/statements-releases/2022/04/28/fact-sheet-united-states-and-60-global-partners-launch-declaration-for-the-future-of-the-internet/>), unterschrieben die USA sowie 60 „Globale Partner“ jüngst eine **Deklaration für die Zukunft des Internets** ([https://www.whitehouse.gov/wp-content/uploads/2022/04/Declaration-for-the-Future-for-the-Internet\\_Launch-Event-Signing-Version\\_FINAL.pdf](https://www.whitehouse.gov/wp-content/uploads/2022/04/Declaration-for-the-Future-for-the-Internet_Launch-Event-Signing-Version_FINAL.pdf)). Die drei Seiten umfassende Erklärung lässt Schlimmes erahnen.

Unter dem Deckmantel des Schutzes von Menschen- und Freiheitsrechten wird der totalen Zensur im World Wide Web das Wort geredet. Mit oberflächlichen Floskeln wird die Verantwortung für die Inhaltskontrolle der Privatwirtschaft übertragen. Vage Formulierungen erlauben schier unbegrenzten Ein- und Zugriff und schaffen ein steril kuratiertes Internet der Großkonzerne und Einheitsmeinungen, für das man von staatlicher Seite „effektivere Beobachtung und Transparenz sowohl online als auch offline“ in Aussicht stellt.

Dazu passt die Gründung eines amerikanischen **Disinformation Governance Board** (<https://nypost.com/2022/04/29/team-bidens-plan-to-flag-disinformation-is-both-laughable-and-dangerous/>), das dem Heimatschutzministerium (Department of Homeland Security) angegliedert ist und von **Nina Jankowicz** (<https://nypost.com/2022/04/28/who-thought-a-clearly-partisan-hack-should-be-bidens-disinformation-czar/>), einer überführten **Betrügerin** (<https://nypost.com/2022/04/28/wh-pick-for-disinformation-board-spread-hunter-biden-laptop-lie/>), geleitet wird. Von Kritikern, zum Beispiel dem Gouverneur von Florida, **Ron DeSantis** (<https://thepoliticalinsider.com/ron-desantis-slams-bidens-ministry-of-truth-vows-to-fight-new-disinformation-board/>), wird die Einrichtung zu Recht als Manifestation des orwellianischen Wahrheitsministeriums bezeichnet. Doch es braucht keinen Blick über den großen Teich, um zu erkennen, dass die vom technokratischen System intendierte Metaverse-Lebensrealität von morgen bestenfalls eine düstere Melange aus den beklemmenden Zukunftsvisionen von „1984“ und „Schöne neue Welt“ sein wird.

Denn auch die EU arbeitet derzeit unter Hochdruck an der Konstituierung eines totalitären Konstruktes – den „Vereinigten Staaten von Europa“. Ein Pakt, der den souveränen Nationalstaat, inklusive seiner zumindest vordergründig demokratischen Prozesse, endgültig in die Belanglosigkeit führen wird. In einem 31 Seiten starken **Arbeitspapier** ([https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract\\_id=4101979](https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=4101979)) vom April 2022 führt Federico Fabbrini, Professor für Recht an der Dublin City University, aus, was die führenden EU-Gremien unter Wiederaufbau (REBUILD) nach der



COVID-Krise verstehen.

Unter den Arbeitstiteln **NextGenerationEU**

([https://europa.eu/next-generation-eu/index\\_en](https://europa.eu/next-generation-eu/index_en)) und **Konferenz**

**über die Zukunft Europas**

(<https://futureu.europa.eu/pages/about?locale=de>) beraten

diverse Ausschüsse über eine europäische Verfassung, eine tiefergehende Wirtschafts- und Finanzunion, die

**Individualmobilität** ([https://www.euronews.com/my-](https://www.euronews.com/my-europe/2022/05/05/meps-back-covid-pass-extension-to-june-2023)

[europe/2022/05/05/meps-back-covid-pass-extension-to-june-](https://www.euronews.com/my-europe/2022/05/05/meps-back-covid-pass-extension-to-june-2023)

[2023](https://www.euronews.com/my-europe/2022/05/05/meps-back-covid-pass-extension-to-june-2023)) von EU-Bürgern sowie gemeinsame Streitkräfte in Form einer

EU-Armee – ein Vorhaben, das von offizieller Seite seit Jahren und

noch bis vor Kurzem vehement als Falschmeldung abgestempelt

wurde, obwohl die Vorbereitungen für ein gemeinsames

europäisches Militär bereits seit Langem offensichtlich sind.

***Was COVID-19 für die Pharmaindustrie war, ist die Ukraine Krise nun für den militärisch-industriellen Komplex der wertewestlichen Hegemonie: ein Steroid.***

Die sogenannte Zukunftskonferenz der EU unter Vorsitz von Ursula von der Leyen veröffentlichte am 27. April 2022 insgesamt **49**

**Empfehlungen**

(<https://www.politicheeuropee.gov.it/en/communication/news/2-maggio-2022/>). Einige davon lassen aufhorchen. So zum Beispiel

Textpassagen aus Empfehlung Nummer 23:

*„Wir schlagen vor, dass die EU weiterhin daran arbeitet, Dialog zu fördern und Frieden basierend auf einer regelbasierten internationalen Ordnung zu gewährleisten, den Multilateralismus zu stärken und auf langjährigen EU-Friedensinitiativen aufzubauen, die zur Verleihung des Nobelpreises im Jahr 2012 beigetragen haben, und gleichzeitig ihre gemeinschaftliche Sicherheit zu stärken. (...)*

Die gemeinsamen Streitkräfte (der EU) sollen zu

Selbstverteidigungszwecken eingesetzt werden, aggressive

Militäraktionen jeglicher Art ausschließen und in Krisenzeiten,

einschließlich Naturkatastrophen, Unterstützung leisten können.

Außerhalb der europäischen Grenzen könnten die Streitkräfte in

Ausnahmefällen, vorzugsweise unter einem gesetzlichen Mandat des UN-Sicherheitsrates und damit im Einklang mit dem Völkerrecht, eingesetzt werden, ohne mit der NATO zu konkurrieren oder sie zu duplizieren. (...)

Die EU sollte darüber nachdenken, wie Desinformation und Propaganda auf objektive und sachliche Weise bekämpft werden können.“

Kurios. Vor zwei oder drei Jahren galt die Idee gemeinsamer europäischer Streitkräfte als Fehlinformation oder wilde Verschwörungstheorie. Britische EU-Kritiker wurden in einem

### **Artikel**

(<https://www.theguardian.com/commentisfree/2019/jan/25/brexiters-european-army-myths-franco-german>) des GUARDIAN noch am 25. Januar 2019 als Lügner verunglimpft. Mitglieder des britischen Parlaments wie Emily Thornberry **verglich** die

### **Behauptungen**

([https://www.emilythornberry.com/legacy/2016/06/06/full\\_text\\_of\\_emily\\_s\\_speech\\_to\\_rusi\\_uk\\_defence\\_policy\\_and\\_the\\_eu/](https://www.emilythornberry.com/legacy/2016/06/06/full_text_of_emily_s_speech_to_rusi_uk_defence_policy_and_the_eu/)), die EU plane eine eigene Armee, mit dem Glauben daran, dass Elvis Presley noch lebe. Auch der Atlantic Council **titelte** (<https://www.atlanticcouncil.org/blogs/natosource/the-myth-of-a-european-army/>) schon 2016: „Der Mythos einer europäischen Armee“.

Die EU veröffentlichte im Juni 2019 gar selbst einen Artikel, um mit den Mythen von einer EU-Truppe aufzuräumen und dementierte entsprechende Gerüchte mit Nachdruck – um dann vor wenigen Wochen dafür zu votieren, eine **schnelle Eingreiftruppe** (<https://www.reuters.com/world/europe/germany-offers-provide-core-eu-quick-reaction-force-2025-2022-03-21/>) von 5.000 Soldaten aufzustellen. Putin sei Dank.

Immer lauter werden die propagandistischen Rufe nach vereinten militärischen Kapazitäten der EU. Das News-Outlet **The Defense Post** (<https://www.thedefensepost.com/2022/04/04/benefits-eu-army/>) beschrieb am 4. April 2022 die „endlosen Möglichkeiten“, die eine Zusammenlegung von Streitkräften verschiedener

europäischer Länder berge. Auch **The New European** (<https://www.theneweuropean.co.uk/a-force-for-good-so-did-we-need-an-eu-army-after-all/>) stellt am 10. März 2022 fest: „Also brauchen wir schlussendlich doch eine EU-Armee.“ Selbst der Rückzug der USA aus Afghanistan wurde bereits 2021 von unter anderem **France 24** (<https://www.france24.com/en/europe/20210901-wake-up-call-afghanistan-highlights-need-for-autonomous-eu-military-force>) zum Anlass genommen, von einem Weckruf für Europa zu sprechen und festzustellen: „Afghanistan unterstreicht den Bedarf für autonome EU-Streitkräfte.“

Auch wenn das **EUROCORPS** (<https://www.eurocorps.org/about-us/a-force-for-the-eu-nato/>) als Bindeglied zwischen EU und NATO-Kommandoebene bereits seit 1992 existiert – die jüngsten Entwicklungen im militärischen Bereich vermitteln nicht mehr unbedingt den Eindruck, dass sich die EU ausschließlich auf defensive Szenarien vorbereitet.

Schon 2018 wurde eine neue **europäische Verteidigungskoalition** (<https://www.reuters.com/article/uk-europe-defence/european-defence-coalition-launched-in-paris-idUKKCN1NC295?edition-redirect=uk>) ins Leben gerufen. Im ersten Quartal des Jahres 2021 folgte die Gründung der „**European Peace Facility**“ ([https://ec.europa.eu/fpi/what-we-do/european-peace-facility\\_en](https://ec.europa.eu/fpi/what-we-do/european-peace-facility_en)) – ein Instrument abseits des regulären Budgets, wie die EU es nennt, welches dabei helfen soll, die supranationale Feudalisten-Organisation zu einem globalen Sicherheitsdienstleister zu machen. Klingt ebenfalls nicht unbedingt nach einem rein defensiven Ansinnen.

Ein Jahr später, im März 2022, wurde zusätzlich „**Strategic Compass**“ (<https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2022/03/21/a-strategic-compass-for-a-stronger-eu-security-and-defence-in-the-next-decade/>)“ aus der Taufe gehoben, ein militärstrategisches Programm zum langfristigen Ausbau der operativen Fähigkeiten der EU-Streitkräfte. In Summe also ein ziemlich ausufernder, militärischer Aktionismus für eine Region der Welt, die primär von ihrer eigenen Hybris, aber in

absehbarer Zeit kaum von militärischen Interventionen ihrer Nachbarländer bedroht ist.

Daneben hat aber natürlich nicht nur Amerika, sondern auch die EU dem freien Internet den Krieg erklärt. Analog zum neuen US-Wahrheitsministerium arbeitet man auch in Brüssel an der Beschneidung des digitalen Debattenraumes. So ist ein neues Gesetz gegen Falschinformation und Hassrede in Arbeit, wie MDR Aktuell am 23. April 2022 **berichtete**

(<https://www.mdr.de/nachrichten/welt/politik/eu-gesetz-hassrede-100.html>). Es soll grenzüberschreitend für eine strengere Beaufsichtigung von Online-Plattformen sorgen, analog zu dem bereits im Jahre 2017 eingeführten, kontroversen

**Netzwerkdurchsetzungsgesetz**

(<https://de.wikipedia.org/wiki/Netzwerkdurchsetzungsgesetz>), dessen Geltungsbereich sich allerdings auf Deutschland beschränkt.

Eine **Pressemitteilung**

([https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip\\_22\\_2985](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_22_2985)) der Europäischen Kommission vom 13. Mai 2022 titelt:

„Kommission begrüßt politische Einigung über neue Vorschriften zur Cybersicherheit von Netz- und Informationssystemen.“

Weiter heißt es im Text:

*„Die Initiative strafft die Meldepflichten, führt strengere Aufsichtsmaßnahmen für die nationalen Behörden sowie strengere Durchsetzungsanforderungen ein und zielt auf die Harmonisierung der Sanktionsregelungen in den Mitgliedsstaaten ab. Sie wird dazu beitragen, den Informationsaustausch und die Zusammenarbeit beim Cyber-Krisenmanagement auf nationaler und EU-Ebene zu verbessern.“*

Was zunächst harmlos klingt und auf den ersten Blick nur für Regierungen und Unternehmen Relevanz zu haben scheint, entpuppt sich bei genauerer Betrachtung als das exakte Gegenteil von Verbesserungen. Es handelt sich um die formale Legitimation umfassender Zensur. Die euphemistischen Formulierungen der EU-Kommission übertünchen bewusst, dass die geplanten Regelungen dem totalitären Überwachungsstaat nunmehr Rechtssicherheit

einräumen sollen und damit Unrecht zu Recht wird. Und das auf supranationaler Ebene. Wieviel Einfluss der Bürger eines EU-Mitgliedsstaates auf derartig zentralisierte Prozesse künftig noch haben wird, kann man sich denken – er dürfte gegen Null tendieren.

Was den EU-Bürger künftig im digitalen Raum erwartet, zeigt beispielhaft das kontroverse Thema **Chatkontrolle** (<https://www.patrick-breyer.de/chatkontrolle-eu-verordnung-zur-flaechendeckenden-und-verdachtslosen-durchsuchung-elektronischer-nachrichten-angenommen-klage-geplant-widerstand-gegen-ausweitung/>). Eine entsprechende Verordnung haben die Abgeordneten des Europaparlaments bereits am 6. Juli 2021 angenommen.

Am 11. Mai 2022 hat die Europäische Kommission eine Folgeverordnung zum nunmehr verpflichtenden (!) Einsatz der Chatkontrolle durch alle Anbieter vorgestellt. **Patrick Breyer** (<https://www.patrick-breyer.de/zur-person/>), Europaabgeordneter der Piratenpartei und selbst ernannter „digitaler Freiheitskämpfer“, hat diese Folgeverordnung im Detail **analysiert** (<https://www.patrick-breyer.de/beitraege/nachrichtendurchleuchtung/>) und legt auf seiner Homepage explizit die drastischen Folgen einer Annahme des totalitären Vorschlages dar. Er schreibt dazu:

*„Die EU will es Chat- und Messenger-Providern vorschreiben, private Chats, Nachrichten und E-Mails massenhaft, anlass- und unterschiedslos auf verdächtige Inhalte zu durchsuchen. Die Begründung: Strafverfolgung von Kinderpornographie. Die Konsequenz: Massenüberwachung durch vollautomatisierte Echtzeit-Chatkontrolle und damit die Abschaffung des digitalen Briefgeheimnisses. Weitere Konsequenzen des Gesetzentwurfs zur Chatkontrolle sind unwirksame Netzsperrzensur, die Durchleuchtung persönlicher Cloudspeicher einschließlich privater Fotos, durch verpflichtende Altersüberprüfung das Ende anonymer Kommunikation, durch Appstore-Zensur das Ende sicherer Messenger-Apps und die Bevormundung Jugendlicher.“*

Zu den fatalen Konsequenzen der neuen Verordnung für den Datenschutz und die Zivilgesellschaft als solche führt er weiter aus:

*„Durchsucht werden können Texte, Bilder, Videos und Sprache. Die Anbieter müssen Nachrichten auf jedem Smartphone durchsuchen (client-side scanning) und gegebenenfalls unverschlüsselt ausleiten. Das zerstört das Vertrauen in sichere Verschlüsselung und erzwingt eine Hintertür, die eine Überwachung bisher sicher verschlüsselter Kommunikation auch für viele andere Zwecke ermöglicht. Auch persönliche Speicher, die nicht geteilt werden, wie Apples iCloud, sind betroffen. Da vermutlich jeder Dienst auch für illegale Zwecke genutzt wird, werden sämtliche Dienste zur Chatkontrolle verpflichtet. (...)*

*Maschinell nach unbekanntem Missbrauchsverhalten zu suchen ist ein experimentelles Verfahren unter Verwendung maschinellen Lernens (künstliche Intelligenz). Die Algorithmen sind Öffentlichkeit und Wissenschaft nicht zugänglich, auch der Entwurf enthält keine Offenlegungspflicht. Die Fehlerquote ist unbekannt und wird durch den Verordnungsentwurf nicht begrenzt, vermutlich führen diese Verfahren zu massenhaften Falschmeldungen. Der Entwurf erlaubt es Providern, Treffermeldungen ungeprüft an die Polizei weiterzugeben.“*

Es zeigt sich: Erstens – Mussolini hatte recht, und zweitens – das Bild der kleinen, konspirativen Verschwörer-Loge, die im Verborgenen nach Weltherrschaft strebt, ist ein mediales Phantom. Ein Strohmännchen.

***Die illegalen Machenschaften und Verschwörungen neofeudalistischer Kasten finden in aller Öffentlichkeit statt. Nicht in verrauchten Salons, Riten-Sälen, Freimaurertempeln oder sonstigen Enklaven der Betuchten.***

Die kriminellen Akte verbergen sich in verklausulierten Verordnungen, komplizierten Gesetzestexten, Handelsverträgen, Satzungen, Strategiepapieren, Parlamentsprotokollen, in Memos, Aktenstapeln, Pressemitteilungen und auf unübersichtlichen Webseiten intransparenter Organisationen. Tatorte sind Gerichtsgebäude, Konzernzentralen, Meetingräume, Luxushotels



und -Restaurants, Plenarsäle, Büros, Fernsehstudios und Redaktionen. Täter und Frontmänner der entsprechenden kriminellen Vereinigungen treten zur besten Sendezeit im Fernsehen auf. Sie geben ungeniert den nahbaren Volksvertreter, fleißigen Wissenschaftler, spendablen Philanthropen oder opferbereiten Altruisten.

Die Kunst dabei: eine strukturelle Komplexität im System zu schaffen, die es erlaubt, Kommunikation zu chiffrieren und Verantwortung für fragwürdige Prozesse konstant von einer Partei zur nächsten weiterreichen zu können, sodass schlussendlich niemand haftbar gemacht werden kann. Falls überhaupt jemand kritisch nachfragt. Denn schon morgen wird die nächste Sau durchs Dorf getrieben – und das von Alltag und Krisen vereinnahmte Volk wird sie jagen.

Jean-Claude Juncker, ehemaliger Präsident der Europäischen Kommission, sagte dazu in der *Spiegel*-Ausgabe vom 27. Dezember 1999 ebenso schamlos wie treffend:

*„Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.“*

Die organisierte Kriminalität der herrschenden Klasse, die schon seit Jahrhunderten auf Kosten einer hart arbeitenden Mehrheit lebt, hat sich in der repräsentativen Demokratie der Spätmoderne legitimiert und über supranationale Organisationen, die sich demokratischen Prozessen vollständig entziehen, international konstituiert.

***Die sagemuwobene neue Weltordnung ist längst Realität. Es ist die korporatistisch-totalitäre Herrschaft krimineller Finanzeliten, Oligarchen, Technokraten und Eugeniker. Und Wahlen werden daran nichts mehr ändern. Eine kritische Masse aufgeklärter Menschen unter Umständen schon.***

**Nick Hanauer** (<https://nickhanauer.com/>), nach eigenen Angaben einer der reichsten 0,01 Prozent der US-Bevölkerung, Mitgründer von Amazon und streitbarer Kapitalismuskritiker, schrieb 2014 in einem **offenen Brief** (<https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2014/06/30/us-milliardaer-warnt-reiche-vor-revolution-der-mistgabeln>) an seine superreichen Freunde und Milliardärskollegen in den USA:

*„Ich bin in vielerlei Hinsicht nicht anders als ihr. Wie ihr habe auch ich mich geradezu obszön für meinen Erfolg belohnt, mit einem Leben, das sich die anderen 99,99 Prozent der Amerikaner nicht einmal vorstellen können.*

*Aber lasst uns offen sprechen. Schauen wir, wohin die Reise geht. Ich frage mich, was ich in der Zukunft sehe. Und wisst ihr, was ich sehe? Ich sehe Mistgabeln.“*



**Tom-Oliver Regenauer**, Jahrgang 1978, war nach betriebswirtschaftlicher Ausbildung in verschiedenen Branchen und Rollen tätig, unter anderem als Betriebsleiter, Unternehmens- und Management-Berater sowie internationaler Projektmanager mit Einsätzen in über 20 Ländern. Seit Mitte der 90er-Jahre ist er zudem als Musikproduzent und Texter aktiv und betreibt ein unabhängiges Plattenlabel. Der in Deutschland geborene Autor lebt seit 2009 in der Schweiz. Zuletzt erschien von ihm „Homo Demens — Texte zu Zeitenwende, Technokratie und Korporatismus“. Weitere Informationen unter **regenauer.press** (<https://www.regenauer.press/>).

Dieses Werk ist unter einer **Creative Commons-Lizenz (Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International** (<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>)) lizenziert. Unter Einhaltung der Lizenzbedingungen dürfen Sie es verbreiten und vervielfältigen.

